

2.5 Ohnmacht gegenüber der eigenen Anteilslosigkeit. Radikaldemokratische Konfliktorientierung und das Einfordern politischer Gleichheit als gesellschaftliche Privilegien

Empirische Krisenphänomene der Demokratie und neue radikaldemokratische soziale Bewegungen haben in den vergangenen Jahren radikaldemokratischen Theorien zu wachsendem Erfolg verholfen. Die Theorien nehmen viele der Probleme, die in den vorherigen Abschnitten beschrieben wurden, theoretisch vorweg: Sie setzen den *demos* als unhintergehbare Pluralität gegen die Usurpation des Volkswillens im autoritären Populismus und staatszentrierten Ansätzen oder zeigen, dass Ausschluss für Akte der Repräsentation konstitutiv ist. Sie machen deutlich, wie konsensbasierte Aushandlungsmechanismen die bestehende Ordnung absichern und Interessen, die mit dieser in Konflikt stehen, unsichtbar werden lassen. Ausgehend von poststrukturalistischen Prämissen und einer Kritik der Repräsentation versprechen sie gegenüber den domestizierten Formen der Politik innerhalb der repräsentativen Demokratie und ihrer konsensorientierten Zivilgesellschaft eine radikale Aktivierung demokratischer Transformationspotenziale. Statt polizeilichem Regieren (*policing*) – wie Jacques Rancière all jene Handlungen bezeichnet, die innerhalb der bestehenden politischen Repräsentationsordnung verbleiben, in der die politische Debatte vorstrukturiert ist (Little 2010: 973-974) – propagieren die Ansätze Politik als radikale Überschreitung der bestehenden Ordnung: »Demokratie gilt aus dieser kritischen Sicht als Polizei, als Verwaltung, als etwas, dass das Politische ruhig stellt. [...]. Demgegenüber wird das konstituierende Handeln als der eigentliche demokratische Gründungsakt verstanden [...]« (Demirović 2013: 209-210). Deliberation und politischen Liberalismus kritisieren sie als Formen der Einhegung politischer Antagonismen, wodurch Politik in letzter Instanz eliminiert zu werden drohe (Barnett 2004: 507).

Blickt man mit dem Fokus auf Ohnmachtserfahrungen auf radikaldemokratische Theorien, so wird deutlich, dass viele der Probleme, die entsprechende Theorien wesentlich der liberalen Demokratie zuschreiben (z.B. fehlende Möglichkeiten der Artikulation von Konflikt, Ausschluss der Anteilslosen), auch eine darüber hinausweisende gesellschaftliche Dimension haben. Sie ergeben sich nicht nur als Effekt der bestehenden institutionellen Ordnung, sondern resultieren aus gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die alltäglich ungleiche Artikulationschancen (re-)produzieren. *Ohnmacht gegenüber der eigenen Anteilslosigkeit* ist eine charakteristische Begleiterscheinung von Demokratie und lässt sich als fünfte Erscheinungsform von Ohnmacht in der Demokratie fassen. Konfliktfähigkeit und die Möglichkeit, politische Gleichheit einzufordern, hängen ab von der jeweiligen sozialen Position innerhalb einer von Ungleichheit durchzogenen Gesellschaft ab.

Ausgangspunkt radikaldemokratischer Demokratiekritik ist eine analytische Präzisierung des Konzepts des *demos*, die in einer theoretischen Infragestellung der Möglichkeiten seiner Repräsentation resultiert. Wie Salzborn (2015) argumentiert, ist der *demos* »so unstet und unkalkulierbar [...], dass Utopiker aller Provenienz [...] ihn immer wieder ruhig zu stellen versucht haben, den Willen des Volkes normativ zu bestimmen sannen, wo er empirisch als ›Unbeständigkeit der Zahl‹ stets aufs Neue entglitt – und entgleiten musste« (ebd.: 54). Da die Willen der Einzelnen einem kontinuierlichen Wandel unterzogen sind, ist der Volkswille nicht fixierbar, dort wo er vermeintlich fixiert wird, wohnt diesem Prozess notwendig ein autoritäres Moment inne (ebd.). Die kontradiktorische und vielfältige, stets veränderliche und praktisch variierende Diversität von Einzelwillen, aus denen sich der *demos* zusammensetzt, entzieht sich notwendig einer einheitlichen Repräsentation (Rancière 1999: 10). Forderungen sind nicht nur zwischen verschiedenen Subjekten des *demos* konfliktreich, widersprüchlich und einem kontinuierlichen Wandel ausgesetzt, auch das Alltagsbewusstsein jedes und jeder einzelnen versperrt sich durch seine brüchige Vielschichtigkeit einer einheitlichen Repräsentation. Unterschiedliche und teils kontradiktorische Ziele stehen hier relativ unvermittelt nebeneinander (z.B. Gleichheitsversprechen und Leistungsideologie oder Akzeptanz von Demokratie und gleichzeitig antidemokratischer Ideologien) (Kebir 1986; Hall et al. 2002: 154).

Die im Staat institutionalisierten und repräsentierten Forderungen decken dadurch stets nur einen Teil der gesellschaftlichen Realität (bzw. des ›Volkswillens‹) ab. Konsensmechanismen der liberalen Demokratie, die »Ausdruck einer Hegemonie und der Kristallation von Machtverhältnissen« (Mouffe 2015: 60) sind, werden dadurch als »kontingente und temporäre Artikulation ›des Volkes‹ durch ein bestimmtes Regime des Ein- und Ausschlusses« (ebd.) sichtbar. Das politische System ist, so argumentiert exemplarisch Mouffe, abhängig von der gesellschaftlichen Sphäre »sedimentierter Verfahrensweisen, d.h. von Verfahrensweisen, die die ursprünglichen Akte ihrer kontingenten politischenstituierung verhüllen und als selbstverständlich angesehen werden, als wären sie in sich selbst begründet« (Mouffe 2007: 26). Staatliche Institutionen tendieren dazu, sich zu verselbstständigen, zu verhärten und identitäre, vereinheitlichende Repräsentationen des Volkswillens hervorzubringen (Rödel et al. 1990: 100). Die Institutionen der liberalen Demokratie sind damit immer auch »Ausdruck bestimmter Machtverhältnisse« (Mouffe 2007: 26-27). Ihre Routinen und Praktiken erweisen sich als retardierendes Element gegenüber einer kontinuierlichen Neugründung der konstituierten Macht durch die konstituierende Macht des *demos* (Huke 2017). Institutionelle Spielregeln schränken die Möglichkeiten politischer Veränderung ein (Rödel et al. 1990: 18). Die bürokratische Verwaltung prägt durch ihre Stabilität nicht nur politische Entscheidungen, sie produziert und reproduziert auch bestimmte Arten und Weisen, nach denen die Gesellschaft strukturiert ist (Fassin

2015: 7). Die staatlichen Institutionen der liberalen Demokratie sind damit nicht nur eine Ermöglichungsbedingung, sondern auch eine Grenze von Demokratie (Mouffe 2015: 22).

Die sich einer Repräsentation entziehende Vielfalt des *demos* ist der Ausgangspunkt des Politischen, da sie alle Politik im Namen des Volkes in Frage stellt und einer fortwährenden Kritik aussetzt (Rancière 1999: 87-88, 1992). Der *demos* ist gegenüber den Institutionen durch einen Überschuss gekennzeichnet. Er bewirkt eine kontinuierliche Unruhe innerhalb der Demokratie, da durch ihn der Vertretungsanspruch der staatlichen Institutionen stets fragwürdig und prekär bleibt. Eben jene störende Macht des *demos*, die auf Konflikt und Widerspruch basiert, wird in radikaldemokratischen Ansätzen zur zentralen Triebkraft von Politik, die damit wesentlich als konstituierende und destabilisierende Macht gefasst wird (Barnett 2004: 508). Demokratie ist dort besonders deutlich ausgeprägt, wo die »Konfrontation offen gehalten wird« (Mouffe 2015: 31). Das demokratische Projekt ist dabei riskant und von Scheitern und Rückschritten bedroht. Es ist stets »ein Kampf ohne sicheren Ausgang« (Foroutan 2019: 81).

Wird der *demos* von seiner identitären staatlichen Repräsentation abgelöst und als unhintergebar plural und einem kontinuierlichen Wandel unterworfen begriffen, rückt die Aushandlung von Interessenskonflikten in den Mittelpunkt des Verständnisses von Demokratie. Demokratie, so argumentieren poststrukturalistische Ansätze, kann vor diesem Hintergrund nicht in erster Linie mit einer institutionellen Ordnung identifiziert werden, sondern setzt die gesellschaftliche Artikulation und Aushandlung politischer Konflikte voraus. Die Spezifik »moderner Demokratie besteht in der Anerkennung und Legitimierung von Konflikt und in der Weigerung, diesen zu unterdrücken, indem eine autoritäre Ordnung eingerichtet wird« (Mouffe 2015: 104). Demokratie erfordert »eine Konfrontation zwischen demokratischen politischen Positionen, und sie erfordert eine reale Debatte um mögliche Alternativen. Konsens ist in der Tat notwendig, aber er muss von Dissens begleitet werden« (ebd.: 111). Fehlen »echte Wahlmöglichkeit [...] und [...] klar voneinander abgehobenen Alternativen« (Mouffe 2007: 9-10) läuft Politik ins Leere. Konflikt und Antagonismus erweisen sich somit als Wesensmerkmale von Demokratie (Mouffe 2015: 46-47). Sie sind »kein Zeichen mangelnder Perfektion, sondern deuten darauf hin, dass Demokratie am Leben ist und von Pluralismus erfüllt« (Mouffe 2015: 48). Um demokratische Konflikte zu ermöglichen, ist es notwendig, die Spuren von Macht und Ausschluss der bestehenden institutionellen Ordnung »in den Vordergrund zu rücken, sie sichtbar zu machen, so dass sie herausgefordert werden können« (ebd.). Politische Fragen sind »nicht nur technische Probleme [...], die von Experten zu lösen wären. Sie erfordern vielmehr immer Entscheidungen« (Mouffe 2007: 17). Sind innerhalb des bestehenden Institutionengefüges die Möglichkeiten einer Artikulation von Konflikt verstellt, tendieren Konflikte dazu »im antagonistischen Modus aufzubrechen« (ebd.: 12) und »die Parameter der bestehenden Ord-

nung selbst in Frage [zu] stellen« (ebd.). Der permanente Konflikt beinhaltet auch die Möglichkeit, dass Institutionen der Demokratie kontinuierlich verändert und neu gegründet werden. Demokratie bezeichnet »somit einen zeitlich, sachlich und sozial unabschließbaren Dauerkonflikt über die politische Gestaltung des Gemeinwesens« (Rödel et al. 1990: 137-138).

Jacques Rancière identifiziert Forderungen nach politischer Gleichheit als zentrales Moment demokratischer Politik. Er stellt fest, dass Politik in dem Moment stattfindet, in dem die natürliche Ordnung der Herrschaft durch die Forderung nach Teilhabe derjenigen, die ausgeschlossen waren, durchbrochen wird: »Politics exists when the natural order of domination is interrupted by the institution of a part of those who have no part« (Rancière 1999: 11). Politik im emphatischen Sinne begreift Rancière als beschränkt auf jene Momente, in denen die in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verankerte gesellschaftlich wirksame Ungleichheit temporär dadurch durchbrochen wird, dass die bereits in der gesellschaftlichen Ordnung implizierte Gleichheit aller real durch zuvor desartikulierte Stimmen eingefordert wird, wodurch die Kontingenz und Zukunftsoffenheit der herrschenden Ordnung sichtbar wird (ebd.: 17): »Every politics is democratic not in the sense of a set of institutions, but in the sense of forms of expression ›that confront the logic of equality with the logic of the police order‹ [...]. Democracy, so we might say, is a ›claim‹ for equality« (Biesta 2011: 145). Die Forderung nach politischer Gleichheit, so eine zentrale These, bleibt zwar notwendig nicht-eingelöst, sie setzt jedoch einen Prozess der Demokratisierung der Demokratie in Gang: »democratic politics necessarily escapes any order« (ebd.: 142).

Die Produktion von Konsens, die Organisation der Macht, die Verteilungen der Plätze und Rollen in der Gesellschaft und die Systeme ihrer Legitimation – und damit zentrale Fragen vieler politikwissenschaftlicher Konzeption von Demokratie – begreift Rancière hingegen nicht als Politik sondern als polizeiliches Regieren (»die Polizei«) (Rancière 1999: 28; Baiocchi und Connor 2013: 94). Polizeiliches Regieren ist dabei nicht auf den Staat beschränkt, sondern umfasst all jene gesellschaftlichen Momente, die die bestehende Ordnung absichern und organisieren (Rancière 1999: 29). Politischer Konflikt wird durch dieses Management der Bevölkerung unterdrückt, stillgestellt und domestiziert (Baiocchi und Connor 2013: 94). Politik im Sinne Rancières wohnt nicht nur ein dynamisierendes Element gegenüber den bestehenden Institutionen inne, sie besteht gerade in der Störung der herrschenden Ordnung durch die Forderung nach Gleichheit, die die Kontingenz der bestehenden Organisation sichtbar macht und dadurch einen Raum für politische Veränderungen öffnet (Rancière 1999: 28; Baiocchi und Connor 2013: 91):

»Democracy is not the parliamentary system of the legitimate State. It is not a state of the social either, the reign of individualism or of the masses. Democracy is, in general, politics' mode of subjectification if, by politics, we mean something

other than the organization of bodies as a community and the management of places, powers, and functions. Democracy is more precisely the name of a singular disruption of this order of distribution of bodies as a community that we proposed to conceptualize in the broader concept of the police.« (Rancière 1999: 99)

Das politische Erscheinen der Anteilslosen macht die Willkür der bestehenden Herrschaftsordnung sichtbar und zeigt auf, dass diese auf einer falschen – die Anteilslosen ausschließenden – Zählweise basiert (Baiocchi und Connor 2013: 92). Anteilslose sind dabei mehr als nur eine exkludierte Gruppe: Sie sind das konstitutive ›Andere‹ der bestehenden Ordnung (Baiocchi und Connor 2013: 92). Indem sie in ihren Forderungen nach Gleichheit politisch sichtbar werden, verweisen sie auf die Möglichkeit, die bestehende Ordnung zu durchbrechen (ebd.: 90). Begreift man mit Rancière die Demokratisierung der Demokratie durch Anteilslose, die ihren Anteil einfordern, als konstitutives Element von Demokratie, werden die Möglichkeiten für Ausgeschlossene oder Marginalisierte, Konflikt zu artikulieren, zum Prüfstein für Demokratie. Zentral für die demokratische Frage werden dadurch die Noch-Nicht oder Nicht-Mehr-Teilhabenden, die Marginalisierten und Anteilslosen, das Desartikulierte und Unausgesprochene, das Ausgegrenzte und Verdrängte. Forschung über Demokratie ist damit immer auch eine »Spurensuche nach dem Ausgeschlossenen und Zum-Schweigen-Gebrachten« (do Mar Castro Varela und Dhawan 2003: 276).

Grundlage sowohl der Kritik von Mouffe, als auch jener von Rancière ist eine poststrukturalistische Repräsentationskritik: Im Akt der Repräsentation – im Sinne von vertreten oder sprechen für –, so die Grundidee, geht notwendig etwas verloren (Barnett 2004: 507). Das Repräsentierte fällt nicht mit dem zu Repräsentierenden in eins, der Signifikat geht nicht im Signifikant auf. Es bleibt ein Rest, ein Nicht-Identisches, ein konstitutives Außen, das aus der Sphäre der Repräsentation ausgeschlossen bleibt (ebd.: 509). Jede bestehende politische Ordnung produziert notwendigerweise Anteilslose, die nicht zählen (Derickson 2017: 47; Baiocchi und Connor 2013: 91). Eben dieses nicht-Identische Moment bietet den Ausgangspunkt für eine kontinuierliche Kritik der bestehenden Ordnung. In der Folge wird eine kontinuierliche Neu(be)gründung der Demokratie notwendig. Das Politische wird von seinen Grenzen immer wieder erneut herausgefordert (Barnett 2004: 504). Politische Gleichheit fungiert dabei als (unerreichbarer) Horizont und utopisches Ziel (Baiocchi und Connor 2013: 98).

Trotz der zentralen Stellung, die radikaldemokratische Theorien den Anteilslosen oder im Akt der Repräsentation unsichtbar gemachten Konflikten einräumen, bieten sie kaum Anhaltspunkte, um Ohnmachtserfahrungen zu verstehen. Ursache ist ein gewisser »Philosophismus« (Marchart 2010: 110) der Debatten: Von empirischen Prozessen wird weitgehend abstrahiert, konkrete gesellschaftliche Interessen, Konfliktlinien, Klassenverhältnisse oder Ausgrenzungsmechanismen geraten

aus dem Blick. Gesellschaftliche Verhältnisse werden in der Tendenz auf ein linguistisches Sprachspiel – den Akt der Repräsentation und die mit diesem verbundenen Ausschlüsse – reduziert (Barnett 2004: 506). Das radikaldemokratische Projekt bleibt »ein von sozialen Kräfteverhältnissen enthobener abstrakter Mechanismus« (Sauer 2019: 59). Die »Sphäre der Wirtschaft, die Eigentums-, die Lohnverhältnisse bleiben außer Betracht, also jene Verhältnisse, unter denen die Individuen notwendigerweise nicht Gleiche sein können, weil die einen das lebendige Arbeitsvermögen der anderen unter ihre Kontrolle bringen und aneignen« (Demirović 2013: 212). Die konkreten Realitäten einer durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse gespaltenen Gesellschaft lassen sich damit nur begrenzt erfassen:

»Wer begründet, dass Repräsentation notwendigerweise immer selektiv sein muss und um der Pluralität und Optionalität des Politischen auch sein soll, der müsste sich eigentlich die Frage stellen, welche gesellschaftlichen Faktoren diese Selektivität beeinflussen und wie sich diese auf die Repräsentationschancen verschiedener Gruppen auswirken.« (Thaa 2009: 71)

Radikaldemokratische Theorien verfehlen dadurch »den Zusammenhang von politischen Institutionen und sozialen sowie ökonomischen Verhältnissen« (Sauer 2019: 59). Es gerät aus dem Blick, wie eng Politik – nicht nur in ihrer repräsentativen Form – und (z.B. kapitalistische) soziale Machtbeziehungen miteinander verwoben sind (Conway und Singh 2011: 692). Die von radikaldemokratischen Ansätzen vorgeschlagenen alternativen Modelle politischer Teilhabe bleiben dadurch teilweise diffus. So hebt etwa Mouffe hervor, dass Demokratie als kontingent, instabil und widersprüchlich gefasst werden muss. Sie versäumt es jedoch weitgehend, auch nach Ausschlussmechanismen des von ihr vorgeschlagenen konfliktzentrierten Demokratieverständnisses zu fragen (Little 2010: 975). Auch agonistische oder antagonistische Forderungen und Identitäten konstituieren sich jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern innerhalb konkreter Machtverhältnisse, die bestimmte Formen der Artikulation systematisch disziplinieren und einschränken – oder auch begünstigen (Massey 1995: 286).

Der fehlende Blick für alltägliche Erfahrungen und soziale Ungleichheitsstrukturen (z.B. politischer Ohnmacht) verstellt in radikaldemokratischen Ansätzen ein Verständnis der Ursachen der Stabilität der bestehenden Ordnung. Warum Anteilslose häufig *eben nicht* ihren Anteil einfordern und darüber die Ordnung in Frage stellen, in der sie nicht zählen, lässt sich mit radikaldemokratischen Ansätzen kaum beantworten (Baiocchi und Connor 2013: 96). Das Gleiche gilt auch für die Frage, warum *bestimmte* Konflikte systematisch desartikuliert bleiben und andere innerhalb der bestehenden institutionellen und öffentlichen Ordnung Gehör finden. Für Demokratie, so zeigen die vorherigen Abschnitte, sind eher selektive Artikulationschancen als die Abwesenheit von Konflikt kennzeichnend. Gerade »große Machtungleichgewichte [können] bewirken, dass *keine* sichtbaren Konflik-

te entstehen, weil der Einfluss schon in der Stufe des Agenda-Settings stattfindet oder schwächere Akteure in Antizipation ihrer Schwäche keinen offenen Konflikt herausfordern« (Elsässer 2018: 56). Die Kritik poststrukturalistischer Ansätze an Grenzen und Ausschlussmechanismen der Repräsentation ist vor diesem Hintergrund zwar richtig, sie verfehlt es jedoch, die in sie eingeschriebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen und theoretisch zu reflektieren. Zwar bieten radikaldemokratische Ansätze eine plausible Erklärung, warum die bestehende Ordnung notwendig Anteilslose hervorbringt, die von demokratischen Aushandlungsprozessen ausgeschlossen bleiben (Baiocchi und Connor 2013: 98). Welche Gruppen und Individuen ohne Anteil bleiben, kann sie jedoch kaum zeigen. Die sozialen Voraussetzungen des Prozesses der Demokratisierung der Demokratie und die soziale Bedingtheit politischen Engagements geraten dadurch aus dem Blick. Radikale Demokratie bleibt in der Folge wesentlich eine zwar radikale und durchaus plausible Argumentationsfigur, die jedoch nur begrenzt Orientierung innerhalb bestehender gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse bietet. Ein weiteres Problem ist, dass allein die Institutionen problematisiert werden, aber kaum danach gefragt wird, wie sich Macht und Herrschaft in die Subjekte selbst einschreiben.

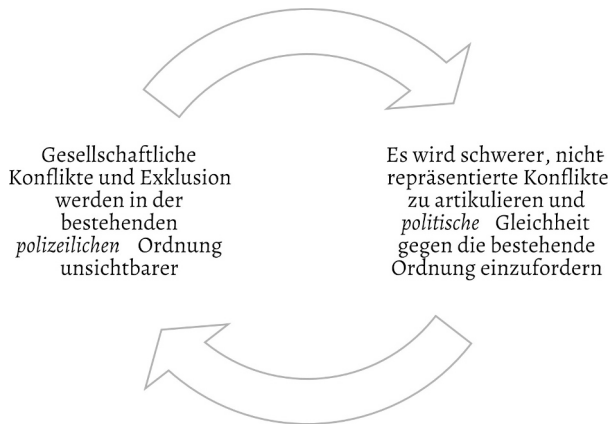
Mit Blick auf die im vorherigen Kapitel skizzierten empirischen Befunde wird jedoch deutlich, dass sich die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse fundamental auf die Möglichkeit auswirken, Konflikte zu artikulieren und als Anteilslose einen Anteil einzufordern. Ob und inwiefern individuelle Bedürfnisse sich überhaupt in kollektive Forderungen übersetzen, ist nicht nur eine Frage der institutionellen Repräsentationsordnung, sondern immer auch eine subjektive (d.h. sie hängt zentral mit konkreten Erfahrungen und deren emotionaler Verarbeitung zusammen). Radikaldemokratische Theorien sind dadurch nur begrenzt in der Lage, die Hegemonie der bestehenden Ordnung mitzudenken, die sich in deren zumindest selektiver Akzeptanz durch die Beherrschten manifestiert (z.B. in konservativen und systemaffinen Einstellungsmustern bei ›Anteilslosen‹) (Mann 1970: 436).

Sprachlosigkeit und fehlende Konfliktfähigkeit aufgrund von Ungleichheit erweisen sich als theoretisch ungelöste Grundprobleme radikaler Demokratie. Die Möglichkeiten, eine Kritik der bestehenden Ordnung zu formulieren, Konflikte zu artikulieren oder politische Gleichheit einzufordern sind empirisch entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse ungleich verteilt. Marginalisierung durchzieht nicht nur die Institutionen, sondern auch die Artikulation von Konflikt gegen die Institutionen. Die radikale Infragestellung der Ordnung erweist sich im Konkreten als voraussetzungsvoll. Um ihre reale Möglichkeit zu verstehen, ist ein empirisches – nicht nur abstrakt-theoretisches – Verständnis von Exklusion und politischer Anteilslosigkeit erforderlich. Nur dann ist es möglich, herauszuarbeiten, in welchen Situationen diejenigen, die ungezählt und sprachlos bleiben,

sichtbar werden und damit die bestehende Ordnung brüchig werden lassen können.

Die Möglichkeiten, politische Gleichheit einzufordern oder Konflikte zu artikulieren, hängen zentral mit der Stellung innerhalb der Gesellschaft und deren sozialen Kräfteverhältnissen zusammen. Ob eine entsprechende Artikulation möglich ist, ist abhängig von alltäglichen Erfahrungen der Betroffenen. Das Problem politischer Teilhabe stellt sich in radikaldemokratischen Ansätzen vor allem als Frage der *Ohnmacht gegenüber der eigenen Anteilslosigkeit*. Vor dem Hintergrund radikaldemokratischer Theorien wird ein weiterer Teufelskreis sichtbar. Die bestehende (»polizeiliche«) Ordnung lässt gesellschaftliche Konfliktstrukturen unsichtbar werden. Je weniger diese sichtbar und innerhalb der Ordnung legitimerweise artikulierbar sind, umso schwieriger wird es nicht-repräsentierte Konflikte zu artikulieren und politische Gleichheit gegen die bestehende Ordnung einzufordern. Je weniger die Exklusions- und Ungleichheitsstrukturen wahrnehmbar sind, die die »polizeiliche« Ordnung durchziehen, als umso legitimer erscheint diese, was wiederum die Artikulation von Konflikten gegen die Ordnung erschwert.

Grafik 5: Teufelskreis aus der polizeilichen Regulierung von Konflikten und der (Un-)Möglichkeit radikaler Kritik



Quelle: Eigene Darstellung